



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Was ist zu tun? (I.) — Gegen die Arbeitslosigkeit. (I.) — Wirtschaftskrise und Gewerkschaftstaktik. — Feuilleton: Etwas vom Papier. (IV.) — Korrespondenzen (Darmstadt, Halle a. S., Magdeburg). — Briefkasten. — Abreisenveränderungen. — Anzeige.  
Beilage: Berufsgefahren. (I.) — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 28. September bis 4. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 40 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Die Tarifbewegung in Wiesbaden hat zum Ausstand der Kollegenschaft in einigen Betrieben geführt. Zuzug von Buchdruck-Hilfspersonal nach Wiesbaden ist daher streng fernzuhalten. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben den Ort zu meiden. Reiseunterstützung wird während der Dauer der Bewegung in Wiesbaden nicht gezahlt.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Was ist zu tun?

I.

Unser Jahresbericht hat diesmal, im Gegensatz zu früher, eine recht eingehende Besprechung in den Spalten unserer „Solidarität“ erfahren, besonders wurde auf die im Verband herrschende Mitgliederfluktuation hingewiesen und ihre Einwirkung auf die Anzahl der gezahlten Beiträge untersucht. (Siehe „Solidarität“ Nr. 27 und 32.) Es wird gefolgert, daß wir bei einem stabilen Mitgliederbestand ein ganz erhebliches Mehr an Beiträgen einnehmen und so unsere pekuniären Verhältnisse einer Gesundung zuführen könnten, die sich sonst nur durch Vornahme einer Beitragserhöhung erreichen ließe. Eine gut gefüllte Kasse ist nun einmal das Rückgrat jeder Organisation, und daß unsere Kasse sich nicht gerade auf der Höhe befindet, welche uns die notwendige Bewegungsfreiheit in jeder Hinsicht garantiert, ist nun leider gegebene Tatsache. Zwar ist im letzten Jahre unser durch die Bewegung im Steindruckgewerbe 1911/12 verloren gegangenes Vermögen wieder auf 100 000 Mark gestiegen, dies konnte aber nur infolge der gezahlten Extrabeiträge erreicht werden, ohne diese würden Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr ausgeglichen haben. Die Steindruckbewegung warf noch ihre Folgeerscheinungen in unser letztes Geschäftsjahr hinein, und da wir auf öffentliche Sammlung verzichteten und den Kampf ausschließlich mit eigenem Gelde geführt hatten, so mußte ein Teil unseres Uberschusses zur Schuldentilgung verwendet werden. Hier und da fanden im letzten Geschäftsjahre kleinere Kämpfe statt, die aber bei unseren augenblicklichen Ver-

hältnissen immerhin auf unsere Finanzen einwirkten, und die immer mehr überhand nehmende Arbeitslosigkeit fordert weitere ständige Ausgaben, so daß die Aussichten für die Verbesserung unseres Reserverkapitals nicht gerade rosig erscheinen. Wie schon oben gesagt, ist das Verbandsvermögen wieder auf über 100 000 Mark angewachsen, und in unseren Ortsklassen befinden sich Summen, welche das in der Hauptkasse befindliche Vermögen um mehr als das Doppelte übersteigen. Wenn es nun auch selbstverständlich ist, daß im Bedarfsfalle die Zahlstellen der Verbandskasse ihre Vermittel zur Verfügung stellen, so ist trotz alledem die notwendige Ellenbogenfreiheit nicht garantiert, und die Verbandsleitung muß Sorge tragen, diesen Zustand zu beseitigen. Uebrigens ist die Abhängigkeit der Verbandskasse vom guten Willen der Zahlstellen in Zeiten großen Geldbedarfes auch nicht gerade als ideal zu bezeichnen. Auch das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission bezeichnet in den gewerkschaftlichen Rückblicken in Nr. 24 d. J. diesen Zustand als nicht gerade glücklich und verlangt von den Zahlstellen mit großem Vermögen, daß sie das Verbandsinteresse höher stellen als ihre Lokalinteressen.

Bei dem Bestreben, die Klassenverhältnisse zu verbessern, entsteht zunächst die Frage, ob die Einnahmen unter den gegenwärtigen Bestimmungen einer Steigerung fähig sind. Dabei steigt dann auch das Gespenst der Beitragserhöhung wieder aus der Verenkung hervor, und wenn dieses Scheusal auch nicht halb so schlimm ist, als es gewöhnlich hingestellt wird — Mitglieder hat es bisher noch nicht verschlungen —, so holt man es am besten erst dann hervor, wenn kein weiterer Ausweg mehr geblieben ist. Daß es noch Möglichkeiten gibt, die Beitragseinnahmen zu steigern, ist in früheren Artikeln der „Solidarität“ bereits nachgewiesen, fraglich ist nur, ob die bezeichnete Quelle so ergiebig ist, daß sie uns über alle Schwierigkeiten hinweg hilft. Der in unserem Verbandsverbande infolge der Fluktuation ausfallende Beitrag ist freilich ganz bedeutend. Hätten z. B. im letzten Jahre sämtliche Mitglieder ihre Beiträge pünktlich bis zum Quartalsersten bezahlt, ebenso die ausgeschiedenen Mitglieder bis zum Tage ihres Austrittes, dann müßten von den durchschnittlich 15 990 Mitgliedern im ganzen 831 480 Beiträge entrichtet werden. In Wirklichkeit sind aber nur 672 800 Beiträge gezahlt. Rechnen wir dazu noch die infolge Erwerbslosigkeit beitragsfrei gebliebenen 46 668 Wochen, so ergibt sich, daß 116 012 Beiträge ausgefallen sind, welche, den Beitrag mit durchschnittlich 46 Pf. gerechnet, die stattdische Summe von 53 365 M. ausmachen.

Wenn es möglich wäre, diesen Betrag unserer Kasse zu erhalten, bräuchten wir uns allerdings kein allzu großes Kopfzerbrechen wegen der Herausfindung weiterer Geldmittel zu machen. Die Aussichten dafür dürften aber an der Tatsache scheitern, daß der zahlende Mitgliederbestand nicht immer der Anzahl der in den Listen geführten Mitglieder entspricht. Man hat eine begriffliche Scheu, reitende Mitglieder zu streichen, weil man glaubt, daß diese zu gegebener Zeit schon

wieder weiter zahlen werden. Dadurch wird dann die Beitragsziffer ganz bedeutend herabgedrückt und läßt sich nicht in Einklang mit der angegebenen Mitgliederzahl bringen.

Im letzten Jahre sind 42,6 Beiträge pro Mitglied gezahlt, drei Beiträge gingen durch Krankheit und Arbeitslosigkeit verloren, so daß 6,4 Beiträge auf das Fluktuationsverlustkonto zu setzen sind. Da eine vollständige Ausschaltung dieses Verlustes niemals möglich sein wird, so müssen wir versuchen, Mittel und Wege zu finden, um ihn auf das Mindestmaß herabzusetzen. Wir haben Zahlstellen mit nur ganz geringem Fluktuationsverlust, daneben aber auch Orte, in denen der Beitragsverlust eine ziemliche Höhe erreicht. Am günstigsten stehen die Zahlstellen, die eine genaue Beitragsregistratur eingerichtet haben, aus welcher jederzeit festgestellt werden kann, wie jedes Mitglied mit seinen Beiträgen steht; bei etwaigen Restanten kann die Ortsverwaltung eingreifen und sich dadurch vor Mitgliederverlust schützen, gleichzeitig aber auch eine höhere Beitragsentnahme erzielen. So steht unter den größeren Zahlstellen Berlin an erster Stelle, obwohl auch hier die Fluktuation eine große Rolle spielt, indem daselbst bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 4852 Personen 2375 Ein- und Austritte zu verzeichnen waren. Trotzdem beträgt der Beitragsverlust in Berlin nur etwas mehr als drei Beiträge pro Mitglied, das ist im Vergleich mit den übrigen in Betracht kommenden Zahlstellen der niedrigste Verlust überhaupt. München und Hannover hatten einen Verlust von je sechs, Dresden und Hamburg von je neun, Nürnberg zwölf und Leipzig und Stuttgart von je 15 Beiträgen. Dieser Verlust ließe sich nun wohl in einzelnen Orten zum Teil noch ganz bedeutend herabmindern, kaum aber in dem Maße, daß eine ausreichende höhere Beitragseinnahme erzielt werden könnte, und zwar schon deswegen nicht, weil Berlin mit seinem hohen Durchschnittsbeitrag von 55 Pf. pro Woche für unsere Betrachtungen ausscheiden müßte, denn dort dürfte es wohl nicht möglich sein, eine niedrigere Verlustziffer zu erzielen. In den übrigen ausschlaggebenden Orten aber ist der durchschnittliche Wochenbeitrag den dort gezahlten Löhnen entsprechend niedriger, er beträgt in München und Hamburg je 48 Pf., in Hannover 44, in Leipzig 43, in Stuttgart 42, in Dresden 41 und in Nürnberg 40 Pf. Es würde also, selbst wenn es möglich gemacht werden könnte, den Beitragsverlust auf das Berliner Niveau herabzubringen, im günstigsten Falle nur ein Bruchteil der bisher verlorenen Beiträge heringebracht werden können. Aber auch das schon ist anzustreben; dabei ist allerdings ein besserer Ausbaue unserer inneren Organisation notwendig, wobei ganz besonders auf eine genaue Uebersicht über die von jedem einzelnen Mitgliede gezahlten Beiträge Wert gelegt werden muß. Dabei handelt es sich nicht allein um die Mahnung etwaiger Restanten, sondern wir wissen, daß säumige Beitragszahler sich sehr oft erst dann ihrer Zahlungspflicht erinnern, wenn ihnen in irgend einer Form Erwerbslosigkeit droht. Hat nun die Ortsver-

waltung keine Ueberſicht über die Beitragszahlung des Mitgliedes, d. h., kann nicht jederzeit aus den Büchern der Ortsverwaltung feſtgeſtellt werden, wie weit das Mitglied ſeine Beiträge entrichtet hat, ſo iſt der Reſtant oft leicht in der Lage, ſich auf irgend eine Weiſe Beitragsmarken zu verſchaffen, um dann ſein Mitgliedsbuch der Verwaltung zu präſentieren. Dadurch gelangt ſo mancher in den Genuß von Unterſtützungen, auf die er gar keinen Anſpruch hat und die er bei genauer Beitragsregiſtratur nicht erhalten würde. Es ließe ſich aber auch auf Grund eines guten genauen Beitragsverzeichniſſes die Fluktuation bis zu einem gewiſſen Grade zurückdrängen, denn wenn der Kaſſierer in jeder Woche die Reſtanten feſtſtellt, ſo finden ſich vielſach Mittel und Wege, dieſelben dem Verbande zu erhalten. Wenn der Reſtant unbekannt bleibt und ſeine Reſtezziffer von Woche zu Woche immer mehr anwächst, ſo wird es ihm immer ſchwerer, dieſelben zu begleichen, und in den meiſten Fällen zieht er es vor, ſtilkſchweigend die Organifation zu verlaſſen. Auf keinen Fall darf die in einzelnen Zahlſtellen ausgeübte Bücherkontrolle zur Mitgliederfeſtſtellung und deren Beitragszahlung genügen ſein, denn die Kontrolle kann ſich naturgemäß nur auf die Verſammlungsteilnehmer erſtreden; alle übrigen weniger eifrigen Mitglieder werden von der Kontrolle nicht erfaßt und bleiben ſomit der Verwaltung unbekannt. Der Kaſſierer aber ſtellt dann beim Quartalsabſchluß wieder einmal die wenigen Beiträge feſt, die von der großen Mitgliedschaft gezahlt ſind. Dieſe vielen Papierſolbaten zaubern uns nämlich eine Mitgliederzahl vor, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden iſt, ſie erſchweren uns aber ungemein die Arbeit, weil ſie den klaren Ueberblick über unſer Tätigkeitsfeld ſtören und uns obendrein noch empfindlich ſchaden können. Wir machen uns Illuſionen über unſere Kräfte und die zu erwartenden Beiträge, ohne daß unſere Hoffnungen ſich jemals erfüllen werden.

Solche Zuſtände bedürfen natürlich ſo ſchnell als möglich einer Aenderung, dabei wird einmal ganze Arbeit gemacht werden müſſen, ſelbſt wenn es etwas ſchmerzen ſollte, denn nur ein geordnetes Syſtem wird uns zum Vorteil dienen; nur wenn die Ortsverwaltung ihre Leute und auch das Tätigkeitsfeld genau kennt, kann die Agitations-tätigkeit von Erfolg ſein. Solange die innere Organifation nicht ausgebaut iſt, wird alle Mit-

gliederwerbung vergeblich ſein und die dafür aufgewendeten Mittel ſtehen in keinem Verhältnis zu den Erfolgen. Die Grundlage für den inneren Ausbau aber muß die geregelte Beitragszahlung und deren Regiſtratur abgeben. Haben wir uns eine ſolche Grundlage geſchaffen, dann iſt auch der Mitgliederverlust weniger groß und erhöhte Einnahmen werden unſere Arbeit lohnen.

## Gegen die Arbeitsloſigkeit.

### I.

Die Arbeitsloſigkeit, dieſe fürchterliche Begleit-erſcheinung des kapitaliſtiſchen Wiſtchaftsſyſtems, ergreift immer weitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung, und immer dringender wird die Notwendigkeit zur energiſchen Abwehr. Die organiſierte Arbeiterſchaft hat längt durch die Arbeitsloſenunterſtützung zur Linderung der ſchlimmſten Arbeitsloſennot beigetragen und zugleich die Wege gewieſen, die auch die Gemeinden und der Staat zur Bekämpfung der Arbeitsloſennot einzuschlagen haben. Die Gewerſchaften haben ſeit 1891 mehr als 68 Millionen Mark für die Bekämpfung der Arbeitsloſennot aufgebracht und damit gezeigt, daß durch die Arbeitsloſenverſicherung eine große ſoziale Arbeit geleistet werden kann, während ſich der Staat auf einen ablehnenden Standpunkt ſtellt. Die Reichsregierung will von einer Reichsarbeitsloſenverſicherung nichts wiſſen. Erſt bei den dieſ-jährigen ſozialpolitiſchen Debatten im Reichstage hat der Staatsſekretär Dr. Delbrück den verneinenden Standpunkt der Regierung in dieſer Frage zu erkennen gegeben. Jetzt tritt auch die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“, das Organ des Reichskanzlers, mit einer offiziellen Kundgebung gegen die Arbeitsloſenverſicherung hervor. Sie ſchreibt dazu:

„Einen ſtets wiederkehrenden Gegenſtand in den öffentlichen Erörterungen bilden Vorſchläge für eine Arbeitsloſenverſicherung; vielſach glaubt man in dieſem oder jenem Syſtem ein brauchbares Mittel gefunden zu haben, um Arbeitsloſe vor der äußerſten Not zu ſchützen und ſo lange über Waſſer zu halten, bis wieder Arbeit gefunden iſt. Die Verſuche, die bis jetzt gemacht worden ſind, haben freilich mehr oder weniger verſagt. Gemeinden und Verbände bemühen ſich um die Löſung dieſer Verſicherungſfrage ſchon jahrelang und haben ganz vorwiegend nur Mißerfolge erzielt. Die dafür

verausgabten hohen Beträge wären aber vielleicht nutzbringender angewendet worden, wenn man, namentlich ſeitens der Gemeinden, dafür geſorgt hätte, daß in den Jahreszeiten, in denen er-fahrungsgemäß ſich ein ſühlbarer Mangel an Arbeitsloſen Arbeit geboten werde. Eine ſolche ſtets bereite kommunale Hilfe würde ganz entſchieden die beſte Arbeitsloſenverſicherung (?) ſein und könnte dann nur zur Nachahmung empfohlen werden. Die Armenlaſten ſteigen in den ſtädtiſchen und ländlichen Gemeinden Deutſchlands von Jahr zu Jahr und haben beſonders in vielen größeren Städten eine bedenkliche Höhe erreicht. Man will berechnet haben, daß in Deutſchland alljährlich faſt eine Milliarde Mark für Armenunterſtützung ausgegeben werde. Wenn jedoch in Deutſchland etwa 500 Quadratmeter-meilen an Oedland, Moor und Heide brachliegen, die, in Nährland umgewandelt, wohl einer Million Familien Brot geben könnten, ſo iſt damit der Weg deutſch gewieſen, den man zu gehen hätte, um der Arbeitsloſigkeit zu ſteuern, nämlich die Urbarmachung von Unland.“

Aus alledem tritt deutlich die Abneigung gegen eine geſetzliche Einführung der Arbeitsloſenverſicherung hervor, eingebend der Worte des Staatsſekretärs Dr. Delbrück, geſprochen im Reichstag 1913: „Mit der Weiterführung der Arbeiter-verſicherungsgesetzgebung muß endlich einmal Schluß gemacht werden.“ Deſhalb kann man die Ausführungen des Regierungskomitees, die den Schein der Objektivität an ſich tragen, nicht ernst nehmen. Dieſes Gefühl wird noch verſtärkt durch den Umſtand, daß die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“ in dem Eifer, die Reichsarbeitsloſenverſicherung tot zu ſchreiben, gleich zwei unſelb-bare und ſichere Mittel zur Behebung der Arbeitsloſennot hervorhebt: einmal die Schaffung von Arbeitsloſen durch Aufſparung und rechtzeitige Vergebung kommunaler Arbeiten, zweitens aber durch Urbarmachung von Oedland. Nun haben aber beide Vorſchläge den Nachteil, daß ſie für die Arbeitsloſen ſehr oft ungeeignet ſein dürften, da ſie einmal eine Herabſetzung der ſozialen Lebensbedingungen und Anſprüche mit ſich bringen, zum andern aber zu hohe Anforderungen an die phyiſiſchen Kräfte und Fähigkeiten der Arbeitsloſen ſtellen. Aber ſelbſt bei Außerachtlaſſung dieſer Tatſachen erſcheinen die

## Etwas vom Papier.

Von E. H. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

### IV.

#### Die maſchinelle Papierfabrikation.

Die moderne Papierfabrikation beginnt mit der Erfindung und Einführung der Papiermaſchinen an Stelle der einfachen Handwerkzeuge bei der Wüſtenpapierherſtellung, die bis dahin die einzige Art der Papierfabrikation war. Einem Franzoſen, Louis Robert mit Namen, der einfacher Arbeiter in einer Papiermühle zu ſonnte bei Paris war, gebührt das Verdienſt, als erſter den Gedanken einer Papierfabrikationsmaſchine verwirklicht zu haben. Im Jahre 1799 konſtruierte Robert die erſte Maſchine dieſer Art, eine ſogenannte Schüttelmaſchine, auf die er ein Patent erhielt und die in der Fabrik, in welcher er beſchäftigt war, auch zur praktiſchen Anwendung gelangte. In der weiteren Folge bemühten ſich die Engländer Donkin und Gamble ſowie die Franzoſen Gebroder Fourdrinier um die Verbeſſerung der noch ſehr unvollkommenen Robertſchen Maſchine und brachten es innerhalb eines Jahrzehntes auch ſo weit, daß die neue Maſchine zur dauernden Anwendung in den Papierfabriken gelangen konnte. In Deutſchland kam die erſte Papiermaſchine, eine Langſiebmaſchine, im Jahre 1819 in einer Berliner Papierfabrik zur Anwendung.

Die Papiermaſchine ſtellt nicht, wie der Wüſtengelle, einzelne Papierbogen, ſondern eine endloſe Papierfläche her. Sämtliche Funktionen, die bei der Wüſtenpapierfabrikation mit der Hand ausgeführt werden müſſen, werden bei der maſchinellen Papierfabrikation in fortlaufender Reihe

mechanisch durch eine Anzahl verſchiedenartiger Apparate und Maſchinen ausgeführt, die un-mittelbar aneinandergereiht ſind und in ihrer Geſamtheit eben die Papiermaſchine darſtellen. In unſerer Abbildung 4 iſt eine Papiermaſchine dar-geſtellt, die zwar von einfacher Konſtruktion als die neuereſten und modernſten Maſchinen dieſer Art iſt, jedoch für unſere Abhandlung den Vorteil hat, die einzelnen Teile und Organe dieſer Maſchinerie, die einzelnen Funktionen derſelben und ſomit alle Einzelheiten des Vorganges der Papierbildung ſehr deutlich und anſchaulich wiederzugeben.

Der Ausgangspunkt iſt bei der maſchinellen Papierfabrikation ebenſo wie bei der Herſtellung des Wüſtenpapiers die Wüſte, in welche das breiig-flüſſige Ganzzeug, nachdem es im Ganz-holländer fertiggeſtellt worden iſt, gelangt und die wir in unſerer Abbildung bei A ſehen. In der Wüſte A wird das Ganzzeug durch ein Rührwerk in dauernder Bewegung und dadurch in gleich-mäßiger Beſchaffenheit erhalten. Aus der Wüſte A fließt das Ganzzeug durch einen Hahn zunächſt in die Kuſe B, wo es noch weiter mit Waſſer ver-miſcht und nochmals der Tätigkeit eines Rühr-apparates ausgeſetzt wird, bis es die genaue für die Papierbildung erforderliche Beſchaffenheit und Zuſammensetzung hat, worauf es in die Vor-wüſte 1 gepumpt wird, aus der es durch einen Spalt auf die Papiermaſchine fließt. Die Aus-flußſpalte der Vorwüſte 1 kann durch einen Schieber reguliert werden, ſo daß immer die gleiche Menge Ganzzeug auf die Maſchine ge-langt, wie es für die Herſtellung eines immer gleichmäßig ſtarken Papiers notwendig iſt. Der erſte Teil der Papiermaſchine, auf den das Ganz-zeug aus der Vorwüſte gelangt, iſt der Sandfang (in der Abbildung durch 2 bezeichnet), ein großer Behälter, den das Ganzzeug langſam durch-

fließt, wobei ſich ſchwerere und verunreinigende Teile, die ſich noch in der Waſſe befinden, wie Sand, Metallteile und ſonſtige Fremdkörper, zu Boden ſetzen, ſo daß die Waſſe hier eine noch-malige Klärung erfährt. Nach dem Sandfang paſſiert die Waſſe den Knotenfänger 3, der bei unſerer Maſchine die Form eines aus Metall-ſtücken gebildeten Kammes hat, durch deſſen ſeine Spalten ſich die Waſſe zwingen muß, wo-durch Zwirn- und Stoffknoten, die ſich von den Habern aus bis in das fertige Ganzzeug getretet hatten, abgefangen werden. Bei den neueren Papiermaſchinen beſteht der Knotenfänger zumeiſt aus einer länglichen drehbaren Trommel, die an ihrer Oberfläche mit zahlreichen ſeinen Schlitzen verſehen iſt; die flüſſige Waſſe tritt durch die Schlitze auf der einen Seite in den Hohlraum der Trommel ein und fließt auf der anderen Seite wieder aus der Trommel heraus, wobei die zahl-reichen Schlitze die Knoten zurückhalten.

Nach dieſem mehr vorbereitenden Prozeduren iſt das Ganzzeug nunmehr vollſtändig geklärt und tritt nunmehr auf den wichtigſten Teil der Papiermaſchine, auf die Form, Teil 4 der Ab-bildung, die aus einem endloſen feinen Draht-gewebe beſteht, die über die Waſzen läuft und durch dieſe in ſtets gleicher Lage erhalten und zu-gleich mit ziemlicher Geſchwindigkeit bewegt wird. Auf dieſer Siebform findet die Umwandlung des Ganzzeuges zu Papier ſtatt. Das geſchieht, in-dem das flüſſig-breite Ganzzeug von dem Knotenfänger aus in breitem Fluß auf das Sieb tritt und von dem ſich fortbewegenden Sieb mit-geführt wird. Zudem ununterbrochen Ganzzeug auf das Sieb fließt und hier ununterbrochen ver-teilt und fortgeführt wird, entſteht eine endloſe Papierbahn, die ſich mit dem Sieb zunächſt von links nach rechts, dann, der Bewegung des end-

Vorschläge der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung als völlig ungeeignet zur Behebung der Arbeitslosennot oder gar, wie es der Vorschlag der Urbarmachung von Debland bezwecken soll, der Arbeitslosigkeit überhaupt. Die Städte sind längst dazu übergegangen, gedrängt durch die offensbare Notlage der Arbeitslosen und durch die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, durch Vergütung von sogenannten Notstandsarbeiten Abhilfe zu schaffen. Diese kommunale Hilfe ist in einem immer größeren Umfange zur Anwendung gekommen, eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit oder des der Arbeitslosenversicherung ist damit aber keinesfalls erreicht worden, nicht einmal eine Minderung der drohenden Gefahr, die durch die wachsende Arbeitslosigkeit immer wieder über das Volk hereinbricht. Und die Stadtverwaltungen selbst sind denn auch keineswegs so überzeugt von der Wirksamkeit der kommunalen Hilfe durch die sogenannten Notstandsarbeiten, wie es doch nach den mit so viel Ueberzeugung vorgetragenen Ausführungen des Reichskanzlerblattes hätte der Fall sein müssen. So führte auf dem dritten deutschen Städtetag zu Posen der Oberbürgermeister Wallraf (Köln) im September 1911 zu dieser Frage folgendes aus:

„Man hat erkannt, daß ein arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeitnehmer ohne sein Zutun arbeitslos werden kann. Die Reichsregierung hat bisher eine Lösung dieser Frage nicht versucht. Allerdings wurde 1902 vom Reichstage eine Resolution angenommen, die eine Untersuchung durch eine Sachverständigenkommission forderte. Das Ergebnis war bisher nur die wertvolle Enquete von 1906. So trivial der Satz klingt, daß man Arbeitslosigkeit am besten durch Arbeitsnachweise bekämpfen kann, so fundamental richtig ist er. Denn die Arbeitsnachweise bilden die Grundlage der Kräfteverteilung und der Notstandsarbeiten. Die Notstandsarbeiten bleiben aber immer nur ein notwendiges Uebel. Sie sind beschränkt auf einige Kategorien von Arbeitern und stopfen an einer Stelle ein Loch zu, während sie ein anderes öffnen. Sie haben auch manche anderen Nachteile. Sie sind vor allen Dingen unwirtschaftlich. Wenn der Deutsche Handwerkskammertag in Düsseldorf für Notstandsarbeiten seine Stimme erhoben hat, so muß ich auf Grund unserer Kölner Erfahrungen meine Stimme dagegen erheben, daß durch Notstandsarbeiten die

Arbeitslosigkeit behoben werden könnte. . . Die Arbeitslosenversicherung wird die Arbeitslosigkeit beseitigen helfen. Die Arbeitslosigkeit ist kein Notstand, der nur einzelne Personen trifft, sondern der die Gesamtheit bedroht. Die Frage der Arbeitslosenversicherung darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.“

Damit ist schon die Hilflosigkeit des Vorschlages, die kommunale Hilfe durch Notstandsarbeiten als die „beste“ Arbeitslosenversicherung wirken zu lassen, von zuständiger Seite gründlich zerstückt und auf seine Unzulänglichkeit zurückgeführt worden. Daß freilich das Organ des Reichskanzlers nach dieser Abgabe, gegeben auf dem dritten Deutschen Städtetag von 1911, wieder mit dem Vorschlag der Urbarmachung von Debland nichts geändert werden. Dieser Vorschlag läßt ganz außer acht, daß ja gerade das Rekrutierungsgebiet der industriellen Arbeiterschaft zum großen Teil auf dem platten Lande liegt, daß also die Fortschritte der Technik auch auf dem platten Lande immer mehr Arbeitskräfte überflüssig machen, die dann von der sich rasch ausdehnenden Industrie angezogen und aufgefogen werden. Soll aber das Debland durch den Handbetrieb urbar gemacht werden? Zu dieser arbeits- und zeitraubenden Methode wird sich gerade die kapitalistisch organisierte Gesellschaft nicht entschließen können, ebensowenig zum genossenschaftlichen Betrieb. Die zur Urbarmachung herangezogenen Arbeiter unterliegen demnach genau so den unsozialen Bedingungen wie alle Landarbeiter, werden genau so ausgebeutet und bei Arbeitsmangel, besonders nach der Erntezeit, brotlos gemacht. Denn schließlich muß doch auch an den

Zeitpunkt gedacht werden, da das Debland urbar gemacht ist. Die industrielle Entwicklung wird zugunsten dieses Vorschlages des Reichskanzlerblattes nicht stillstehen wollen, sie wird ein relativ beschränktes Rekrutierungsgebiet mehr haben — die Gefahr, die mit der Arbeitslosigkeit verbunden ist, ist damit eher größer geworden, denn es bleibt ja alsdann nicht einmal das unsehbare Mittel der Urbarmachung von Debland mehr übrig.

Es ist ganz unvermeidlich, daß die Gesellschaft die zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verurteilten Volksgenossen, die doch für den allgemeinen Wohlstand und Fortschritt ihre Kraft eingesetzt haben und weiter einsetzen wollen, auch eintritt, daß besonders durch die Gesetzgebung dafür gefordert wird, die sozialen Pflichten auch denen aufzuerlegen, die den größten Nutzen aus fremder Arbeitskraft ziehen: den Unternehmern! Dazu ist die Reichsarbeitslosenversicherung das beste Mittel.

## Wirtschaftskrise und Gewerkschaftstaktik.

Das unheimliche Gespenst der wirtschaftlichen Krise durchstapft wieder einmal Europa. Zahlreiche Nachrichten aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen lassen daran keinen Zweifel, daß die langwierigen Balkanwirren und die damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit eine Katastrophe auf dem Geldmarkt erzeugt hat, die auf viele Industrien und Gewerbe geradezu lähmend wirkt. Sizinu kommt, daß die Balkankrise keineswegs beendet erscheint. Der abgeschlossene Frieden ist mehr als oberflächlich und birgt in sich neuen Konfliktstoff. Weiter kommt hinzu die eifersüchtige Rivalität der Großmächte, die jederzeit zu einer politischen Krise führen kann. Alles Laßhaben, die zur ängstlichen Zurückhaltung der Finanzen von gewerblichen und industriellen Unternehmungen führen.

Wir sind optimistisch genug, anzunehmen, daß der zurzeit herrschenden Wirtschaftskrise keine besonders lange Dauer beschieden sein wird. Es sind vor allem äußere Ursachen, die zu ihr geführt haben, und bald dürfte wieder die frühere Ruhe und Sicherheit auf dem Geldmarkt eingelehrt sein. Vorläufig aber haben wir mit der Tatsache einer Wirtschaftskrise zu rechnen, die sich zum Winter hin noch mehr verschärfen wird. Deshalb haben wir als Gewerkschafter zu diesem Faktum Stellung

lofen Siebes folgend, unterhalb des oberen Siebes von rechts nach links, dann abermals von links nach rechts bewegt. Das Sieb wird hierbei von zahlreichen, dicht beieinander liegenden dünnen Walzen getragen. Beim Fortschreiten der auf der Form ausgebreiteten breitflüssigen Masse fließt das reichlich in ihr enthaltene Wasser zu einem Teil durch das Sieb ab und tritt in

der Form zu verhüten. Um nun eine stärkere Entwässerung der sich bildenden Papierbahn und zugleich eine engere und gleichmäßigere Verfüzung der Faserschicht zu bewirken, ist es notwendig, das Sieb in einer ununterbrochen schüttelnden Bewegung zu erhalten, wie ja auch bei der Herstellung des Müllensiebes das in die Form geschöpfte Ganzzeug energisch geschüttelt wird. Bei

überträgt. Je weiter das Ganzzeug auf der sich schüttelnd und rüttelnd fortbewegenden Form kommt, um so mehr wird es entwässert, um so enger und fester legen sich die zurückbleibenden Fasern aneinander, um so mehr nähert sich die Faserschicht dem Zustande zusammenhängenden Papiers.

Das Abtropfen des Wassers durch das Sieb würde jedoch noch nicht genügen; um eine stärkere Entwässerung der Masse zu erzielen, wird die Form nahe dem Ende über eine (in der Abbildung nicht vorhandene) Saugvorrichtung geleitet. Diese besteht in Saugkästen, über welche die Form mit der Papierbahn läuft, so daß sie hierdurch die offenen Kästen abschließt. Aus den Kästen wird vermittelst Pumpen etwas Luft abgezogen, so daß über den Kästen bzw. über der Form der Luftdruck stärker ist als in den Kästen. Durch den auf die Papierbahn wirkenden Luftdruck wird das in der Masse enthaltene Wasser reichlicher in die Saugkästen gedrückt, während die Faserschicht durch die statfindende Entwässerung und zugleich auch durch die Kompression des Luftdrucks erhöhte Festigkeit und stärkeren Zusammenhang erlangt. Inmmerhin enthält die Papierbahn nach dem Passieren der Saugkästen noch an 80 Prozent Wasser, ist also von dem Zustande der Trockenheit noch recht weit entfernt. Nach dem Saugen wird die Sieb-

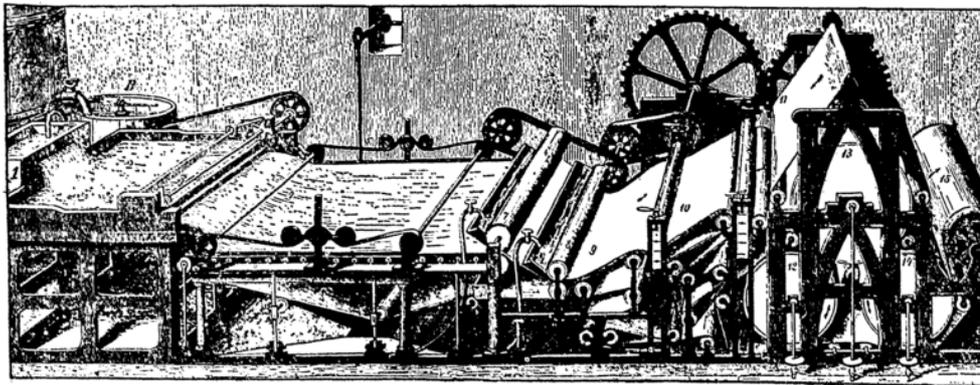


Abbildung 4. Papiermaschine.

Sammelrinnen ein, aus denen es vermittelst Pumpen abgeführt wird, während auf dem Sieb eine Faserschicht zurückbleibt. Die Ränder der Siebform werden von den Riemen 5, den sogenannten Deckriemen, begrenzt, die sich ebenfalls auf Rollen endlos fortbewegen und den Zweck haben, das Abfließen der noch immer sehr wässrigen und breiigen Masse an den Rändern

der Papiermaschine geschieht, wie alles, auch das Schütteln der Form mechanisch und zwar durch den Schüttelapparat 6, ein langes Gestell, das mit der Form verbunden ist, durch einen Exzenter vermittelst Riemenübertragung von der Antriebsmaschine aus in ständiger rüttelnder und schüttelnder Bewegung erhalten wird und diese Bewegung auf die mit ihm verbundene Siebform

form mitant der Papierbahn durch das Walzenpaar 7, die Gaultscheppe genannt, und nach diesem durch das Walzenpaar 8, die Kappresse, geführt. Die Gaultscheppe übt einen schwachen, die Kappresse jedoch einen ziemlich kräftigen Druck auf die Papierbahn aus, wodurch diese noch weiter entwässert und fester wird.

zu nehmen und unsere gewerkschaftliche Taktik in Krisenzeiten einer Besprechung zu unterziehen.

Es ist unsere Pflicht, die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt stets und genau zu beobachten. Sie beeinflussen in ausschlaggebender Weise Industrie und Gewerbe, deren Belebung oder Abflaumung. Dies aber sind wieder Faktoren, die einen starken Einfluß auf unser Gewerkschaftsleben ausüben. Und da jede veränderte Situation eine veränderte Taktik erfordert, ergibt sich für uns mit zwingender Logik, uns auch mit dem Einfluß der Krise auf die Gewerkschaften zu befassen.

Es ist der Stuch des Proletendaseins, daß sich bei ihm die Schäden unserer so viel gepriesenen „Weltordnung“ am allerersten sichtbar bemerkbar machen. So auch bei einer Wirtschaftskrise. Sie bringt verminderte Arbeitsgelegenheit und damit vielen Arbeitern und deren Familien Not, Entbehrung und Hunger. Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen werden gezwungen, die Arbeit einzustellen. Da sie nur Objekte des Produktionsprozesses sind, genügt ein Machtwort des Unternehmers, sie auf die Straße zu setzen. Dieser Zustand wirkt selbstverständlich auch auf die vom Schicksal besser begünstigten Arbeiter, die ihre Arbeit behalten können. Auch sie fühlen sich gedrückt als sonst, denn über ihnen hängt das Damoklesschwert der wirtschaftlichen Unsicherheit. Hinzu kommt in vielen Fällen das durch die Krise verschärfte selbstherrliche Auftreten des Unternehmers, das sich u. a. auch in der Weise geltend macht, daß er, wo es durchführbar erscheint, einen Druck auf die Löhne auszuüben versucht.

Hieraus ergibt sich, daß gerade in Krisenzeiten die Arbeiter ihrer Gewerkschaftsorganisation mehr benötigen als in normalen Zeiten. In vielen Fällen sucht die Gewerkschaft das Glend der vom Arbeitsprozeß Ausgeschlossenen zu mildern durch Gewährung von Unterstützungen, zum andern bietet sie durch auf bestimmte Dauer abgeschlossene Tarifverträge den Arbeitern eine gewisse Garantie, daß ihnen der Unternehmer auch in schlechten Zeiten den Lohn zahlt, den er bei Abschluß des Tarifvertrages unterschriftlich anerkannt hat. Die Erfahrung lehrt uns, daß auch die Unternehmer (abgesehen von den berühmten Ausnahmen) im allgemeinen tarifstreu sind.

Aus diesen Ausführungen geht aber auch hervor, daß es Unternehmer gibt, die geneigt sind, in Krisenzeiten die Löhne zu rebuzieren. Dies zu verhindern, ist eine der vornehmsten Kampfaufgaben der Gewerkschaft. Sie ist aber auch zugleich die schwierigste. Denn die Erfahrung lehrt uns, daß es bei weitem leichter ist, während der Hochkonjunktur durch die Gewerkschaftsorganisation höhere Löhne und günstigere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, als in Krisenzeiten das bei guter Konjunktur Errungene hochzuhalten. Die Chancen der Arbeiterkraft stehen dann schlechter, denn der flotte Geschäftsgang, der beste Bundesgenosse der Arbeiter bei Lohnbewegungen, fehlt. Hinzu kommt das Heer der Arbeitslosen, aus dessen Reihen mancher sich leicht herbeiläßt, bei einem ausgebrochenen Kampfe als Lohnrücker Streikführer zu verüben. Manche in normalen Wirtschaftsjahren leidlich brauchbare Gewerkschaftsmitglieder sind eben in der Krise geneigt, vor allem, wenn sie mit Arbeitslosigkeit und Entbehrung zu kämpfen haben, der guten Sache untreu zu werden und, weil schwachen Charakters, ihren Klassen Genossen in den Rücken zu fallen.

Trotz all dieser Hindernisse ist es jedoch den Gewerkschaften zumeist gelungen, auch in Krisenzeiten auf die Positionen der Arbeiter unternommene Angriffe der Unternehmer zurückzuweisen. Das zeugt von der Kraft der Gewerkschaften und dem immer mehr um sich greifenden Solidaritätsgedanken in den Kreisen der Arbeiterkraft.

Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften in Krisenzeiten ist, etwa geplante Angriffsbewegungen mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Wir deuteten schon an, daß in solchen Zeiten eine Voraussetzung des glücklichen Gelingens der Bewegung fehlt: der gute Geschäftsgang. Hinzu kommt die größere Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Unsicherheit, daß die Plätze ausfindiger Arbeiter leicht besetzt werden können. Deshalb ist dringend zu empfehlen, Angriffsbewegungen in Krisenzeiten

wenn irgend möglich zu unterlassen. Selbst dann ist größte Vorsicht vorzuziehen, wenn in einem Betriebe noch ein leidlich guter Geschäftsgang vorhanden ist, der leicht zu Trugschlüssen führen kann. Die allgemeine Krise ist nämlich trotzdem vorhanden und damit ein großes Heer Arbeitsloser. Die Erfahrung hat denn auch in solchen Fällen oftmals bewiesen, daß die von einem Streik erhoffte Wirkung verloren ging, weil die Arbeitsplätze der Streikenden besetzt wurden. Der Streik verlief unglücklich, große Summen waren ohne Nutzen ausgegeben, eine große Anzahl der Streikenden blieb auf der Strecke und die Organisation war auf längere Zeit hinaus geschwächt und ohnmächtig.

Wenn wir also in Krisenzeiten zur Vorsicht bei Lohnbewegungen mahnen, so geschieht das aus triftigen Gründen, im Interesse unserer Organisation und deren Mitglieder. Die Arbeiterkraft muß sich an die Tatsache gewöhnen, daß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch die notwendigen Vorbedingungen vorhanden sein müssen. Sind sie nicht vorhanden — und das ist während der Wirtschaftskrise der Fall — dann ist es besser, eine abwartende Stellung einzunehmen und darauf zu achten, daß das bereits Errungene den Arbeitern erhalten bleibt. Diese Aufgabe steht an Wichtigkeit der einer Angriffsbewegung keineswegs nach und ihre Lösung bedeutet den, wenn auch hin und wieder gehemmten, so doch immerhin stetigen Aufstieg der Arbeiterklasse zu besseren Lebensbedingungen.

Wir wollen mit unseren Ausführungen zur Vorsicht mahnen. Wir wissen, daß das bei einem großen Teil unserer Kollegen nicht mehr nötig ist, sie sind bereits gewerkschaftlich gut geschult und verstehen den Ernst einer Situation zu erfassen. Wir haben aber auch Kollegen, die sich noch vielfach von Gefühlen leiten lassen und die Schwierigkeiten einer Bewegung nicht voll überschauen; an deren Adresse richtet sich unsere Mahnung in erster Linie. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, gleich tüchtigen Heerführern alle Chancen eines bevorstehenden Kampfes abzuwägen und erst dann zum Angriff überzugehen, wenn die Vorbedingungen des Erfolges garantiert erscheinen. Sind sie aber nicht vorhanden, dann verschiebt man den Kampf, bis das Gefechtsfeld ein günstigeres Aussehen hat. Wird diese notwendige Taktik stets innegehalten, dann werden Niederlagen vermieden, unnötige Opfer erspart, und der Aufstieg der Arbeiterklasse vollzieht sich planvoll und sicher. Und was das Beste: Die Arbeiter fassen zu ihrer Organisation festes Vertrauen und erwerben die Zuversicht, durch sie von Sieg zu Sieg geleitet zu werden. — t.

## Korrespondenzen.

**Darmstadt.** Mitglieder-Versammlung am 8. September. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab die Vorsitzende des großen Kampfers der Arbeiterkraft, des verstorbenen Genossen Bebel, Unter Mitteilungen gab der Vorsitzende bekannt, daß die Angelegenheit mit dem Kartell nunmehr geregelt sei und die Beiträge wieder abgeführt würden. Eine Beschwerde der Kolleginnen der Druckerei Elbert ist vom Vorstand geregelt worden. Aus der Abrechnung vom zweiten Quartal, welche gedruckt vorlag, ist zu entnehmen: Einnahmen der Hauptkassse 345,90 Mk.; Ausgaben: an die Hauptkassse 165,90 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 62,— Mk., Krankenunterstützung 45,30 Mk., Wöchnerinnenunterstützung 20,— Mk., Agitationsausgaben 21,20 Mk., Kartellbeiträge 31,50 Mk. Arbeitslos waren vier Mitglieder 55 Tage, krank sieben Mitglieder 97 Tage. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Den Kartellbericht erstattete Kollegin Volz. Der Wichtigkeit halber wurde der Punkt auf die nächste Versammlung vertagt. Unter Punkt Tarifliches rügte der Vorsitzende, daß gerade die Mitglieder, welche am meisten der Aufklärung bedürften, in den Versammlungen fehlen. Nach einem kurzen Resümee über Rechte und Pflichten der Mitglieder schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung. (Eingeg. 15. 9.)

Halle a. S. Versammlung am 13. September. Die Versammlung ehrte das Andenken des Genossen Bebel und der Kollegin Luise Schulze durch Erheben von den Plätzen. In seinem Kartellbericht machte Kollege Müller auf die am 9. Oktober stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlverfahren aufmerksam und forderte zu zahl-

reicher Beteiligung auf. Die Abrechnung vom letzten Vergnügen gab Kollege Bretsch, Renaufgenommen wurden sechs Mitglieder. Der Vorsitzende berichtete über Differenzen in einigen Druckereien, die durch das Eingreifen des Vorstandes geschlichtet wurden. Mit der Firma Schlegler, welche Anlegerinnen mit 4 und 7,50 Mark entlohnt, wird sich noch das Schiedsgericht zu beschäftigen haben. Große Empörung rief das Verhalten der Firma Jovischoff einem in ihrem Betrieb zum Krüppel gewordenen Kollegen gegenüber hervor. Obwohl sie diesem nach dem Unfall, bei dem der Verunglückte mehrere Fingerglieder der linken Hand verlor, versprochen hatte, ihn wieder bei leichter Arbeit einzustellen, entließ sie ihn, als er sich wieder zur Arbeit meldete. — Der bereits vollzogene Ausschluß des Kollegen Freund wurde wieder rückgängig gemacht, nachdem F. erklärte, in Zukunft allen Verpflichtungen pünktlich nachkommen zu wollen. Kollege Bretsch gab noch einige Erläuterungen über die „Volkswirtschaftsfrage“ und machte darauf aufmerksam, daß Aufnahmen bei den Druckerei- und Bezirkskassierern sowie bei ihm vollzogen werden können. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß das diesjährige Stiftungsfest am 11. Oktober im Konzerthaus, Karlstr., stattfindet. (Eingeg. 21. 9.)

**Magdeburg.** Die am Sonntag, den 7. September, in der „Neuen Welt“ abgehaltene Mitgliederversammlung war mäßig besucht. Unter Mitteilungen wurde auf die Vergünstigung der Gewerkschaftsmitglieder für den Besuch des hiesigen Stadttheaters und auf die Veranstaltungen des Arbeiter-Bildungsausschusses hingewiesen, dessen näheren Angaben mit der jeweilig erscheinenden Nummer der „Solidarität“ bekanntgegeben werden sollen. Ferner gab der Vorsitzende den Antrag der Zentralbibliothek auf Erhöhung der Bibliothekbeiträge bekannt; dem wurde zugestimmt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Magdeburger Druckereien“ berichtete Kollegin Boffe an der Hand der aufgenommenen Statistiken. Eingangs betonte die Rednerin, daß es uns leider nicht möglich war, diese Statistik so umfangreich auszuarbeiten, wie es sein sollte, woran die größte Schuld allerdings unsere Kollegenkassse treffe. Man sollte nach 1½ jährigem Bestehen des Tarifes annehmen können, daß das Lohnminimum mit Hilfe der Organisation schon überschritten wäre, aber leider mußten wir feststellen, daß noch ein großer Teil unserer Kollegenkassse unter dem Minimum arbeitet. Allerdings ist der Durchschnittslohn im allgemeinen durch Einführung unseres jetzigen Tarifes um rund zehn Prozent gestiegen. Um nun aber auch den tarifrechtlichen Prinzipien begreiflich zu machen, daß auch sie den Tarif anzuerkennen und einzuhalten haben, ist es vor allem Pflicht der Kollegenkassse, sich nicht nur der Organisation anzuschließen, sondern sich auch an allen Arbeiten des Verbandes zu beteiligen und die Versammlungen pünktlich und zahlreich zu besuchen. Auch einem großen Teil der in der hiesigen Parteidruckerei beschäftigten Kollegenkassse tut es besonders not, sich um die Organisation zu kümmern. Nachdem unter Verschiedenem auf die Sparenrichtung zur Internationalen Ausstellung in Leipzig hingewiesen und einige Angelegenheiten interner Natur erledigt waren, erfolgte mit einem Appell an die Anwesenden, kräftig für die nächste Versammlung (Generalversammlung) zu agitieren, Schluß der Versammlung. (Eingeg. 15. 9.)

## Briefkasten.

Wegen Raumangel mußten die Berichte aus Augsburg und Königsberg zurückgestellt werden.

## Adressenveränderungen.

Halle a. S.  
Vorsitzender: Paul Scheibe, Eichendorfs-  
straße 17 II.  
Siegmit.  
Kassierer: Richard Nidlich, R. Glogauer-  
straße 20 I.

Am 21. September d. J. starb unser Mit-  
glied und Mitbegründer unserer Zählstelle, der  
Drucker

## Hermann Köffel

im Alter von 47 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
die Zählstelle Hirschberg i. Schl.